

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Beilage oder deren Raum 60 Pfg., Verlagsanzeigen 80 Pfg., sonstige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 30.

Donnerstag, den 5. Februar 1920.

27. Jahrg.

Briten und Russen.

Von 1871 bis 1914 war die deutsche Sozialdemokratie die Fortkämpferin der Internationale. Im Kriege ist ihr die Führung entglitten. Zwei andere Arbeiterparteien hat die Geschichte selbst in die ersten Schlachtreihen im proletarischen Klassenkampf gerückt: auf der einen Seite die Labour Party, die schnell aufstrebende britische Arbeiterpartei; auf der anderen Seite die russische Bolschewiki. Die englische Arbeiterpartei hat in den letzten Wochen bei den Gemeindevahlen im ganzen Vereinigten Königreiche gewaltige Erfolge errungen. Die englische Bourgeoisie bangt davor, daß die nächsten Parlamentswahlen die Arbeiterpartei zur Herrschaft führen werden. Und da der Krieg Englands Vorherrschaft in der Welt gefestigt, für absehbare Zeit gesichert hat, könnte die friedliche Eroberung der Parlamentsmehrheit und damit der Regierungsmacht durch die britische Arbeiterklasse eine wahre Weltwende bedeuten. Auf der anderen Seite aber haben die russischen Bolschewiki die russische Gegenrevolution völlig niedergeworfen. Ihre rote Armee marschiert drohend an der Westgrenze auf und die Bourgeoisie ganz Europas zittert bei dem Gedanken, daß die Sowjetarmeen im Frühjahr die polnische Front durchbrechen, gegen Mitteleuropa vordringen, die proletarische Revolution auf dem ganzen Festlande entfesseln könnten.

Grundverschieden wie die soziale Gliederung und die politische Geschichte Englands und Russlands sind auch ihre beiden großen Arbeiterparteien. Die Labour Party ist eine Partei der Industriearbeiter und die Gewerkschaften bilden den Unterbau ihrer Organisation; die Bolschewiki sind eine Partei der arbeitenden Massen des gewaltigen Ugarlandes, in dem eine kleine Minderheit von Industriearbeitern die breite Masse der Bauern führt. Die Labour Party ist eine demokratische Partei, die sich des Wahlrechts als der Waffe im Machtkampfe bedient; die Bolschewiki sind die Partei der Revolution, die ihre Macht im Innern auf die Maschinenengewehre stützt und sie nach außen mit Kanonen und Haubitzen ausbeutet. Die Labour Party ist ganz erfüllt von dem nächsten, unmittelbar greifbaren Ziel richtet; die Bolschewiki sind ganz beherrscht von einem scharf umrissenen theoretischen System, ganz hingegeben dem Beruf, unbekümmert um die Augenblicksinteressen der russischen Arbeiter, ein soziales Ideal, sei es auch um den Preis der schwersten Opfer, in aller Welt zu verwirklichen. Man kann sich keine größeren Gegensätze vorstellen, als diese beiden Parteien. Und doch, dasselbe proletarische Klasseninteresse beherrscht beide, und so geraten sie schließlich trotz aller Verschiedenheit ihrer Denkweisen und ihrer Methoden, auf denselben Weg.

Sowjetrußland kämpft um den Frieden. Es sucht den Krieg zu beenden, der seine Volkswirtschaft verwüstet; sucht den Frieden zu erringen, um an das große Werk des sozialen Neubaus schreiten zu können. Eben jetzt hat Schischkin der polnischen Regierung ein neues Friedensangebot gemacht. Aber die Entscheidung über Krieg und Frieden wird kaum in Warschau, sie wird eher in Paris und in London gefällt. Hinter der polnischen Kriegspartei stehen die Imperialisten der Westmächte, die Polen durch Verheißung reicher Beute in der Ukraine zum Kriege locken und durch die Drohung mit der Entziehung ihrer Hilfe am Friedensschluß hindern. Aber gegen die Kriegshexer der Imperialisten erhebt sich die Arbeiterpartei. Seit Monaten schon führt die britische Arbeiterpartei in ihrer Presse, im Parlament, in den Versammlungen einen energischen Kampf für den Frieden mit Sowjetrußland. Sie führt ihn mit Erfolg. Während die französische Regierung noch den gegenrevolutionären Krieg fortzuführen will, ist Lloyd George schon irre geworden; die Siege der Arbeiterpartei bei den Gemeindevahlen haben ihn dem Frieden geneigter gemacht. So kämpft die britische Arbeiterpartei für dasselbe Ziel, um das die russische Sowjetrepublik ringt. Trotz aller Verschiedenheiten der Meinungen und Methoden begegnen beide einander auf demselben Weg.

Es gibt in der ganzen internationalen Arbeiterbewegung keinen gemäßigteren, allem Bolschewismus ferneren Mann als Arthur Henderson, den Führer der englischen Arbeiterpartei. Und doch hat gerade Henderson jetzt der Sowjetrepublik einen Dienst von höchstem Werte erwiesen. Henderson hat in der englischen Presse einen „Offenen Brief“ veröffentlicht, der die englische öffentliche Meinung mächtig beeinflusst hat. Er ging in diesem Briefe vom nationalen Interesse Englands aus. Die Siege der Sowjetrepublik über Koltschak und Denikin seien für das britische Weltreich eine große Gefahr; denn von Transkaspien aus könne und werde Rußland die ganze Welt des Islams gegen das britische Imperium mobilisieren. Die Sicherheit Englands fordere also die Beendigung des sinnlosen und gefährlichen Krieges. Der Versuch, Polen zum Kriege im größten Maßstabe gegen die Sowjetrepublik zu kommandieren, vergrößere die Gefahr. Dringt die rote Armee in Polen ein, so sei England durch den Völkerbundsvertrag zum Schutze Polens verpflichtet; man werde dann abermals vor „wollzogenen Tatsachen“ gestellt, in die „Zwangslage“, in welcher übernommene Verpflichtungen, in der Vertragstreue und nationale Ehre zum Kriege zwingen, gedrückt sein. Aber gegenüber dem Versuch

der Imperialisten, diese Zwangslage herbeizurufen, erkläre er, daß sich die Arbeiterpartei nicht in diese Falle locken lassen, solche Verpflichtungen nicht anerkennen werde. Die Arbeiterpartei habe im Verteidigungskrieg gegen Deutschland ihre Pflicht getan; einem Kriege gegen die Sowjetrepublik werde sie jedes Opfer, jede Unterstützung verweigern. So Henderson. Seine Argumentation ist, wie man sieht, nichts weniger als bolschewistisch. Aber sie ist für die Republik wirksame Hilfe. England kann keinen Krieg führen, gegen den sich seine Arbeitermasse auflehnt.

Im Jahre 1884 haben sich Vertreter verschiedener Arbeiterparteien in London zu einer Kundgebung gegen die blutige Niederwerfung Polens durch die zarische Konterrevolution vereinigt. Aus dieser Kundgebung entstand die erste Internationale der Doktrin und keine Internationale der Methoden: Deutsche Lassalleaner und französische Blanquisten und Proudhonisten, englische Gewerkschafter und italienische und spanische Bakuninisten waren in ihr vereinigt. Parteien, die die verschiedensten theoretischen Lehrmeinungen vertraten und sich der verschiedensten politischen Kampfmittel bedienten. Aber eine Internationale der Tat ist sie gewesen; sie verstand es, alle Arbeiterparteien trotz aller ihren Verschiedenheiten zur Vereinigung ihrer Kräfte auf bestimmte aktuelle Kampfziele zu bringen. So ist gewiß auch heute eine Internationale der Doktrin und der Methoden nicht möglich; es ist undenkbar, in absehbarer Zeit Henderson und Lenin, die englische Arbeiterpartei und die russischen Bolschewiki zu denselben Lehrmeinungen zu bekehren und für dieselbe Taktik zu gewinnen; und doch kann weder ohne die Briten noch ohne die Russen eine wirkliche, alle lebendigen Kräfte des Weltproletariats vereinigende Internationale bestehen. Aber möglich und notwendig ist heute schon eine Internationale der Tat, eine Internationale der Aktion: das Zusammenwirken der nationalen Arbeiterparteien zu demselben Ziele. Und diese Internationale der Aktion entsteht schon und besteht schon, mag sie auch noch der äußeren, organisatorischen Verkörperung entbehren. Tatsächlich wirken heute schon der englische Labourismus und der russische Bolschewismus für dieselbe Sache zusammen. Wie vor sechshundert fünfzig Jahren im Kampfe gegen den russischen Zarenismus finden sich heute in der Verteidigung der russischen Revolution trotz aller Verschiedenheiten der Meinungen und der Methoden die Proletarier aller Länder zusammen.

Ernstes Stunden.

Die Note, in der die Entente die Auslieferung von etwa 900 Deutschen verlangt, ist nunmehr von Millerand Dienstag dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris, Freiherrn von Versner, überliefert worden. Obwohl Herr von Versner bereits am letzten Sonnabend die ausdrückliche Weisung erhalten hatte, eine derartige Note ohne weiteres an das Auswärtige Amt in Berlin weiterzuleiten, hat er die Note an Millerand zurückgelassen mit der Erklärung, daß er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, bei der Auslieferung Deutscher mitzuwirken. Herr von Versner hat telegraphisch seine Entlassung aus dem Reichsdienst nachgelehrt und sofort erhalten. Infolge des Rücktritts Versners trat Mittwoch morgen in Paris eine Botschafterkonferenz zu einer Sitzung im Ministerium des Aeußeren zusammen, um die Lage einer Prüfung zu unterziehen.

Durch die Weigerung Versners, Note und Liste entgegen zu nehmen, ist die Reichsregierung noch nicht in den Besitz der beiden Schriftstücke gelangt. Sie sendet heute den Gesandten Dr. Mayer nach Paris zurück, damit er die von Versner zurückgewiesene Note in Empfang nimmt, und sofort nach Berlin übermitteln.

Sonnabend werden sich die Führer sämtlicher Parteien der Nationalversammlung in der Reichshausloge einfinden, um gemeinsam zu der äußerst schwierigen Lage Stellung zu nehmen.

Auf dem nunmehr offiziell vorliegenden Verzeichnis der Auszuliefernden stehen neben allen oberen Führern, wie Hindenburg und Ludendorff, auch eine große Anzahl Unterführer und Kommandanten, die in Frankreich, Belgien und Polen ihres Amtes gewaltet haben. Es wird auch der Name Auer angeführt, ohne nähere Angabe der Person. Man vermutet, daß es sich um den bekannten Genossen Auer in München handelt. Nach bisherigen Neußerungen der Nationalversammlungsmittglieder besteht Einigkeit darüber, daß die Auslieferung unmöglich ist. Seit dem Tage der Friedensunterzeichnung hat Deutschland keine so kritische Stunde erlebt, wie es die Lösung der Auslieferungssfrage mit sich bringt. Man darf nicht vergessen, daß sich in der Gewalt Frankreichs nun noch 400 000 Gefangene befinden.

Das Reichsministerium hielt Mittwoch von 6 bis 8 Uhr eine Sitzung ab, um zu dem Auslieferungsbegehren der Entente Stellung zu nehmen. Die von verschiedenen Seiten geäußerte Ansicht, daß es zu einer Kriegsverweigerung kommen werde, und daß insbesondere der Außenminister Hermann Müller und die beiden demokratischen Minister aus dem Kabinett austreten werden, hat sich bisher nicht bestätigt. Wir sind sogar in der Lage, zu erklären, daß zurzeit alle derartigen Gerüchte jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Im übrigen glauben wir allerdings, daß die Regierung bei der großen Bedeutung der zu fällenden Entscheidungen die Verantwortung nicht allein übernehmen, sondern zu dem Beschluß der schließlichen Einberufung der Nationalversammlung gelangen wird.

Ein Aufruf Noskes.

Der Oberbefehlshaber Noske erläßt folgende Kundgebung: Würde bewahren! So groß auch die Erregung in der Bevölkerung wegen des Auslieferungsbegehrens der Entente-regierungen ist, muß doch der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß von jedem Mann die gebotene Würde auch insofern bewahrt wird, daß jede Befestigung von Mitteln der fremdländischen Missionen und militärischen Kommissionen unterbleibt, sobald ich nicht genötigt bin, weitergehende Schutzmaßnahmen zu treffen. Berlin, 5. Februar 1920. Der Oberbefehlshaber: gen. Noske.

Der Rektor der Berliner Universität erläßt eine Erklärung, worin er sagt:

„In dem Tage, an dem die Auslieferungssforderung amtlich an uns gestellt wird, werde ich den Universitäten Oxford, Liverpool, St. Andrews, der Universität von Chicago und der Harvard Universität, die mir in besseren Tagen die Doktorwürde verliehen haben, die Diplome zerreißen zu lassen.“

Dr. phil. et jur. Eduard Meyer.

Die Auslieferungssliste.

Die nachstehende Liste ist der Reichsregierung durch die Weigerung des Herrn v. Versner, die Note der Entente entgegenzunehmen, offiziell noch nicht zugegangen. Sie enthält außerdem offensichtlich unrichtige Namen, und auch für ihre Vollständigkeit kann keine Gewähr übernommen werden. Dennoch glaubt die Reichsregierung sie der Öffentlichkeit übergeben zu sollen, weil in den weitesten Kreisen ein außerordentliches Interesse daran besteht, die Auslieferungssliste sobald wie möglich kennen zu lernen. Die Nachnamen hinter den Namen geben den Staat an, der das Auslieferungssverlangen stellt: Br. = England, Fr. = Frankreich, B. = Belgien, P. = Polen, I. = Italien.

Die Liste enthält auszusammensetzen folgende Namen: Albrecht v. Württemberg B., Sigmund v. Arnim Br., Prinz Rupprecht von Bayern Fr., von Below Fr., v. Below Fr., Otto v. Below Fr., Graf v. Bernstorff Fr., v. Bejeler P., v. Bethmann Hollweg B., Bronsart von Schellendorf B., v. Bülow Fr., v. Bülow Fr., Otto v. Bülow Fr., Eduard v. Capelle Br., v. Deimling Fr., Freiherr v. Falkenhayn B., v. Falkenhayn Fr., v. Francois B., Prinz Friedrich von Preußen B., v. Gallwitz B., v. Gelbstatel Fr., v. Hausen B., v. Hausen Fr., Prinz von Hessen Fr., v. Hindenburg Fr., v. Hindenburg B., Prinz August von Hohenzollern Fr., Prinz Eitel Friedrich von Hohenzollern Fr., Kronprinz Friedrich Wilhelm Fr., Prinz Oskar von Hohenzollern B., Friedrich v. Ingenohr B., v. Lud Fr., v. Linsingen P., General Ludendorff Fr., Generalfeldmarschall v. Madenien Serb-Kroat-Slow., Generalfeldmarschall v. Madenien Rum., v. d. Marwitz Fr., Herzog von Mecklenburg Fr., Edler v. d. Blanck B., Prinz v. Ratibor B., v. Tzipitz Br., Fürst v. Wittgenstein Fr., Graf Wittum v. Goltz B.

Nach Meldungen von anderer Seite stehen insgesamt 886 Namen auf der Liste. Frankreich beantragt 334, Belgien 334, England 97, Polen 57, Rumänien 41, Serbien 4, Ueberraschen muß es, daß auch Italien 25 Deutsche auszuliefern zu erhalten wünscht. Unter den Auszuliefernden befindet sich auch eine Frau, die von der französischen Regierung wegen schlechter Behandlung französischer Frauen in deutschen Konzentrationslagern angeklagt wird.

Die Deutsche Note gegen die Auslieferung.

Die am 25. Januar dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris überreichte deutsche Note lautet: Die deutsche Regierung hat den Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte Anfang November vorigen Jahres die verhängnisvollen Folgen dargelegt, die eine Durchführung der in den Artikeln 228 bis 230 des Friedensvertrages enthaltenen Bestimmungen über die Auslieferung von Deutschen haben würde. Diese Darlegungen sind damals in einer den Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte überreichten, hier nochmals beigefügten Aufzeichnung zusammengefaßt worden. Die deutsche Regierung hat zur Vervollständigung dieser Darlegungen noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Auslieferungsbegehren der alliierten und assoziierten Regierungen in Deutschland zweifellos die schwersten Erschütterungen nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet auslösen würde. Insbesondere würden die durchgreifenden Maßnahmen, die die deutsche Regierung zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruches, vor allem auf dem Gebiete der Förderung der Produktion, insbesondere von Kohlen, zu ergreifen im Begriffe steht, auf das äußerste gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Dies würde natürlich die ernstesten Rückwirkungen für die Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage unmittelbar nach sich ziehen. In der Aufzeichnung vom 5. November vorigen Jahres wurde zugleich der Weg einer für Deutschland erträglichen und praktisch durchführbaren Regelung der Angelegenheit angedeutet. Die alliierten und assoziierten Hauptmächte haben inzwischen auch Kenntnis von einem weiteren Schritt der deutschen Regierung erhalten, der erneut ihren ernstesten Willen beweist, die eines Kriegsverbrechens oder Kriegsvergehens schuldigen Deutschen der gerechten Bestrafung zuzuführen. Es handelt sich um das von deutschen geleggebenen Körperschaften einstimmig angenommene, gleichfalls in einem Abdruck angeschlossene Geheiß zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919.

Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten, ohne daß die alliierten und assoziierten Mächte ihren Willen zu erkennen gegeben hatten, in dieser Angelegenheit den dringenden Vorstellungen der deutschen Regierung Rechnung zu tragen. In der klaren, durch die Eindrücke der letzten Woche nur noch verstärkten Ueberzeugung von dem

außerordentlichen Ernste der Situation

hält es die deutsche Regierung aber für ihre unabweisliche Pflicht, in letzter Stunde noch einmal an die alliierten und assoziierten Mächte heranzutreten, um die Angelegenheit einer die Interessen dieser Mächte befriedigenden, für Deutschland praktisch möglichen Erledigung zuzuführen. Sie wiederholt und präzisiert deshalb noch einmal den bereits früher zur Erläuterung gestellten Vorschlag; demgemäß wird folgende

Erläuterung

abgegeben:

Die deutsche Regierung wird die deutschen Strafverfolgungsbehörden anweisen, gegen alle Deutschen, die einer von den alliierten und assoziierten Regierungen als eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges schuldig benannt werden, unverzüglich ein Strafverfahren auf Grund des zu überlegenden Materials einzuleiten. Sie wird alle Gesetze, die der Einleitung eines solchen Verfahrens etwa entgegenstehen, außer Kraft setzen, insbesondere die bestehenden Amnestiegesetze insoweit aufheben. Zuständig für das Strafverfahren soll das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht in Leipzig, sein. Außerdem wird der jeweils beteiligten alliierten und assoziierten Regierung das Recht eingeräumt, sich an dem Verfahren unmittelbar zu beteiligen. Ueber den Umfang dieser Beteiligung könnte eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Es wäre zum Beispiel eine Regelung in dem Sinne denkbar, daß die beteiligte alliierte oder assoziierte Macht dem Verfahren einen Vertreter ihrer Interessen beibringt, der besagt wäre, von allen die Sache betreffenden Schriftstücken und Akten Kenntnis zu nehmen, neue Beweismittel vorzulegen, Zeugen und Sachverständige zu benennen sowie überhaupt Anträge zu stellen und für die Interessen der verletzten Partei zu plädieren. Allen von dem Vertreter gestellten Beweisunterlagen würde Platz gegeben sein. Solche Zeugen und Sachverständige, die Angehörige einer alliierten oder assoziierten Macht sind, würden auf Antrag des Vertreters von den zuständigen Gerichtsbehörden ihres Heimatlandes vernommen werden, wobei dem Angeklagten oder seinem Verteidiger die Anwesenheit zu gestatten wäre. Die von dem Reichsgericht erlassenen Urteile würden mit ihrer Begründung veröffentlicht werden. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, über die Einziehung einer zweiten Instanz in Verhandlung zu treten.

Die deutsche Regierung ist fest davon überzeugt, daß sich auf diesem Wege und nur auf diesem Wege, die den Artikeln 228 bis 230 des Friedensvertrages zugrunde liegenden Mächten der alliierten und assoziierten Mächte tatsächlich verwickeln lassen. Würden diese Mächte demgegenüber auf der Auslieferung der angeklagten Personen bestehen, so würden sich aller Voraussicht nach nur solche Personen freiwillig den ausländischen Gerichten stellen, die sich schuldlos fühlen und deshalb auf ihre Freisprechung rechnen können. Die wirklich Schuldigen dagegen würden der Bestrafung entgehen, da die Regierung, wie in der anliegenden Aufzeichnung näher dargelegt ist, keine Organe finden würde, die bereit wären, die Verhaftung und Auslieferung durchzuführen.

Verhobener Friede.

Der „Times“ wird aus New York gemeldet, daß die Nachricht von der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Estland und Sowjet-Rußland nicht zutreffend sei. Der Friede sollte zwar am 1. Februar in Dorpat abgeschlossen werden, wurde aber infolge der im letzten Augenblick von der Sowjetregierung erhobenen Einwände verschoben.

„Der Saarstaat.“

Durch eine Verfügung des Obersten Verwalters des Saargebietes wird der Saarstaat als jetzt tatsächlich bestehend erklärt. Dazu ist zu bemerken, daß es einen Saarstaat nach den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht gibt. Selbstverständlich ist sogar in der deutschen Presse die Unfalsch aufgefunden, das Saargebiet mit dem Ausdruck „Saarstaat“ zu bezeichnen. Dieser Ausdruck beruht auf der irrigen Anschauung, daß das Saargebiet ein selbständiges, von Deutschland abgetrenntes Staatswesen sei. Deutschland hat nach Artikel 49 des Friedensvertrages zwar zeitweilig auf die Regierung dieses Gebietes verzichtet, nicht aber auf seine Souveränität (Oberhoheit). Aber die erst nach 15 Jahren auf Grund einer Volksabstimmung entschieden werden soll. Die Regierung dieses Gebietes ist dem Völkerbund zu trennen übertragbar. Dieser übt also nicht eigene, sondern deutsche Hoheitsrechte aus. Ferner sind die Bewohner des Saargebietes nach wie vor deutsche Staatsangehörige; eine besondere saarländische Staatsangehörigkeit besteht nicht. Auch bleiben das Reich, Preußen und Bayern Eigentümer ihres Vermögens im Saargebiet, an dem der Völkerbund vertretende Regierungsausübung nur die Aufsicht hat. Eine Ausnahme bilden die Kohlengruben, die ins Eigentum des französischen Staates übergegangen sind.

Aus alledem ist klar zu erkennen, daß der Ausdruck „Saarstaat“ keine Berechtigung hat. Im Friedensvertrage ist denn auch dieser Ausdruck nirgends gebraucht, vielmehr wird in zutreffender Weise immer vom „Saarbezugsgebiet“ und von der „Regierung des Saarbezugs“ gesprochen. Wenn von französischer Seite trotzdem immer wieder versucht wird, den Ausdruck „Saarstaat“ einzubürgern, so hat das seine leicht zu durchschauenden Gründe.

Die Bolschewisten in Wladiwostok.

Das Kriegsamt in Washington hat die Mitteilung erhalten, daß die Revolutionäre Wladiwostok genommen haben. Die „Times“ meldet aus Wladiwostok, daß die diplomatischen und konsularischen Vertreter Maßnahmen zum Schutze des Lebens und Eigentums der Angehörigen ihrer Staaten getroffen haben, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Es befinden sich 60 000 Chinesen und 6 000 Japaner darunter. Die „Times“ erzählt weiter aus gut unterrichteter japanischer Quelle, daß im japanischen Parlament eine heftige Opposition gegen das Bestreben der japanischen Regierung besteht, die Truppen in Sibirien zu lassen, wenn sich die Nihilisten nicht aus Sibirien zurückziehen.

Noch immer deutsche Kriegsgefangene in England.

Gegenüber der Mitteilung des englischen Kriegsministers, die deutschen Kriegsgefangenen hätten nunmehr den englischen Boden verlassen, wird halbamtlich verlautbart, daß diese Nachricht nicht zutreffend sei. In England befinden sich noch annähernd 20 000 deutsche Kriegsgefangene, darunter vier Offiziere und 14 Mann, ein U-Bootkommandant mit einigen Leuten von dem U-Boot „Graf“ im Mittelmeer, ferner eine Reihe von Mannschaften des Dampferkommandos, die von England abgeholt wurden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine merkwürdige Kampagne.

Dienstag mußte die „B. Z. am Mittag“ (Verlag Ullstein) über eine bevorstehende Wiltörung des Ausnahmezustandes zu berichten; am Abend wurde es dementsprechend. Mittwoch meldet die „Vossische Zeitung“, daß die mehrheitssozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beschloß, bei der Regierung die Aufhebung des Belagerungszustandes nachzujuchen. Am Abend mußte sie sich selbst berichtigen, daß diese Fraktion naturgemäß nicht gar nicht versammelt sei, daß sie aber in ihrer letzten Sitzung vor der Vertagung der Nationalversammlung mit allen gegen vier Stimmen die Verhängung des Belagerungszustandes ausdrücklich gebilligt habe. In der Zwischenzeit hätten die sozialdemokratischen Parteifunktionäre, Parteivorstand, Parteiauswärtige und Parteiredakteure das Vorgehen der Regierung einstimmig gebilligt.

In der Tat mußte eine Regierung, welche jetzt, in diesem Augenblick der höchsten Krise, den Ausnahmezustand aufheben wollte, von allen guten Geistern geradezu verlassen sein. Und eine Partei, die es forderte, erst recht. Wir hätten dann am nächsten Tage Kundendemonstrationen gegen die Auslieferung, für deren Verlauf kein Mensch gutslagen könnte, und was von links her geschehen würde, wäre ebenso ungewiß. Karl Rastky behauptet zwar, daß dann bei den „Unabhängigen“ der rechte Flügel stehen und der Gegensatz zu den Kommunisten sich bedeutend vermindern würde. Aber dieser falsche Prophet sucht vergeblich die Welt darüber hinwegzutäuschen, daß von den Linksrädikalen lediglich die Kommunisten stets Gegner der Rastkye waren, während die programm- und gewissenlosen „Unabhängigen“ jede Gelegenheit wahrnehmen, bei der sie glauben können, ein agitatorisches Geschäft zu machen, sei es auch auf Kosten der öffentlichen Ordnung und des ganzen Volkes.

Die Herabsetzung der Brotration als Vorsichtsmaßnahme.

In einer längeren Darlegung über die Brotverordnung erklärt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, halbamtlich, daß kein Zusammenbruch auf dem Gebiete der Brotversorgung drohe. Die Herabsetzung der Brotration sei lediglich als eine Vorsichtsmaßnahme aufzufassen, die einer schlimmeren Gestaltung der Dinge vorbeugen soll.

Keine Aufhebung der Zwangswirtschaft!

Die Mittwoch vormittag im Reichswirtschaftsministerium anberaumten Besprechungen zur Sicherung unserer Ernährung sind vorläufig beendet worden. Sie führten nach dem „Volk-An.“ zu folgendem Ergebnis: Die Regierung hält die Zwangswirtschaft im Interesse der Volksernährung weiter aufrecht, bewilligt dagegen der Landwirtschaft höhere Preise für die Ernte. Danach wird sich der Erzeugerpreis für eine Tonne Roggen auf 900 Mark stellen, der Weizenpreis soll auf 1000 Mark für die Tonne erhöht werden. Für den Zentner Herbstkartoffeln werden 20 Mark in Vorschlag gebracht. Außerdem wird der freie Handel mit Hafer aufgehoben und auch Hafer wieder öffentlich bewirtschaftet.

Die Arbeitslosenversicherung.

Die Grundzüge des neuen Gesetzesentwurfes über die Arbeitslosenversicherung sind, wie dem „Verl. Tgl.“ von gut-unterrichteter Seite mitgeteilt wird, im Reichsarbeitsministerium nunmehr fertig gestellt worden. Als Arbeitslosigkeit im Sinne des Gesetzes kommt nur unverschuldete Arbeitslosigkeit in Frage. Es ist die Einrichtung von Arbeitsstellen zur Vermeidung gegen Arbeitslosigkeit vorzugehen. Die Versicherungsbeiträge werden in einem noch zu bestimmenden Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen. Zusammen mit diesen Versicherungsstellen arbeitet der Arbeitnehmer. Eberio wie die Versicherung ist die Annahme der Arbeit, die durch einen Arbeitsnachweis vermittelt wird, obligatorisch. Wer sich den Anweisungen der Nachweise nicht unterwirft, geht des Rechtes der Arbeitslosenunterstützung verlustig. Es wird versucht, den Entwurf mit größtmöglicher Beschleunigung fertigzustellen.

Zur gezielten Festlegung des Achtstundentages.

Nachdem seit dem Erlass des Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung vom 28. November 1918 die Arbeitszeit für gewerbliche Arbeiter und Angestellte allgemein auf höchstens acht Stunden festgesetzt worden ist, ist jetzt mehr als ein Jahr verstrichen und man kann sagen, daß der Achtstundentag für Industrie und Gewerbe als allgemein durchgeführt gelten muß. Wo diese achtstündige Arbeitszeit überschritten werden mußte, geschah es in vereinzelten unvermeidlichen Ausnahmefällen, für die keine besondere behördliche Genehmigung notwendig war. Arbeiter und Angestellte wachen mit Hilfe ihrer Organisationen darüber, daß es in solchen Fällen, stets nur Ausnahmen bleiben. Im Bergbau ist sogar schon die Siebenstundenschicht eingeführt worden.

Jetzt hat die internationale Arbeiterkonferenz in Washington die internationale Einführung der 48-Stundenwoche beschlossen. Auch in außerdeutschen Ländern ist die Gesetzgebung nach dieser Richtung zwar schon erheblich vorgeschritten, indessen scheint Deutschland in dieser Sache immer noch an der Spitze zu marschieren, denn, wie wir hören, ist die endgültige gezielte Festlegung des Achtstundentages bei uns schon vor längerer Zeit in Angriff genommen worden.

Das Landessteuergesetz.

Der Steuerausschuß der Nationalversammlung begann Mittwoch mit der Beratung des Entwurfes des Landessteuergesetzes. An der Sitzung nahm zum erstenmal wieder der Reichsfinanzminister Erzberger teil. Vertreter aller Parteien begrüßten und beglückwünschten ihn. Ein demokratischer Redner wies darauf hin, daß bei dem vorliegenden Entwurf die Gemeinden die Leidtragenden sein dürften. Er stellte den Antrag, daß die Länder, Gemeinden und die Gemeindeverbände Zuschläge zur Reichseinkommensteuer für ihre Rechnung erheben könnten, oder daß eventuell für das Steuerjahr 1920 der Anteil der einzelnen Gemeinden nicht niedriger festgelegt werden dürfe, als die Steuerleistung am 1. Oktober 1919. Reichsfinanzminister Erzberger, der mit anscheinend unermindelter Frische an den Verhandlungen teilnahm, bemerkte dazu, der Auffassung, daß die Gemeinden durch das neue Gesetz bedrückt werden, könne er nicht zustimmen. Der Entwurf stelle nur ein Provisorium dar und sei in der vorliegenden Form zunächst nur für die Dauer von drei Jahren gedacht. Inzwischen werde man Gelegenheit gehabt haben, Erfahrungen zu sammeln und werde später, wenn nötig, Änderungen vornehmen können. In der Aussprache erklärte u. a. ein demokratischer Redner, daß der Entwurf mit der Verfassung des Reiches nicht vereinbar sei. Die Weiterberatung wurde dann auf Donnerstag vertagt.

Die Schwerindustrie kauft Zeitungen.

Die deutschnational-monarchistische Reaktion ist im Begriffe, mit den Kriegsgewinnen der Schwerindustrie alles aufzukaufen, was an deutlicher Meinungsmache in Deutschland käuflich ist. Die Herren Hugenberg und Stinnes haben nach dem „Vorwärts“ mit ihrem und ihrer Freunde Geld in Berlin den „Beritas-Verlag“ begründet, der die einzige Aufgabe habe, alles an Zeitungen anzukaufen, was irgend für Geld zu haben ist. So sei vor einigen Wochen der große Verlag von Bürgenstein für den Preis von 12 1/2 Millionen Mark in die Hände der Stinnes-Hugenberg-Gruppe übergegangen. Der gleiche Konzern habe sich nunmehr auch zum Herrn des Scherl-Verlages gemacht, in dem neben zahlreichen illustrierten Zeitschriften „Woch“, „Gartenlaube“ usw. die großen Tageszeitungen „Berliner Lokal-Anzeiger“ und „Tag“ erscheinen. Nach einer weiteren zuverlässigen Meldung sei ferner in diesen Tagen sowohl der „Simplizissimus“, wie auch der „Klabberdatsch“ vom Stinnes-Hugenberg'schen Zeitungstrust geacquiriert worden. Die Bewegung sei damit noch nicht abgeschlossen.

Die Schwerindustrie kauft Zeitungen, Redakteure, Lektoren, sie kauft sich schließlich, wenn es geht, auf diesem Weg das ganze deutsche Volk. Macht man sich an den entscheidenden Stellen eine rechte Vorstellung von der Gefahr, die da heranwächst? Stimmt man auf Mittel, ihr zu begegnen?

Inzwischen liegt bereits eine Meldung aus München vor, die den Verkauf des „Simplizissimus“ durch den großindustriellen Zeitungstrust als aufgelegten Schwindel bezeichnet. Der Gewährsmann des „Vorw.“ wird sich wohl dazu noch äußern.

Ein höchwichtiges Eingeständnis.

In einem Handzettel, der von dem sogenannten „Roten Volksrat“ zum „Weitergeben“ verbreitet wird, findet sich ein höchst interessantes Eingeständnis. Der Verfasser gibt nämlich in klaren Worten zu, daß die „Führer“ sich vorfristig am 13. Januar im Hintergrunde gehalten haben. Der höchst bemerkenswerte Satz, der es verdient, durch Mauerschlag verbreitet zu werden, lautet:

„Wenn wir auch nicht unmittelbar in Eurer Mitte weilen können, so werden wir alles tun, um das begonnene Werk zu vollenden.“

Da haben wir das unumwundene Geständnis, daß die rabulischen Drahtzieher auch weiterhin beabsichtigen, gewissermaßen die Rolle des „Dolmetsches in der Heimat“ zu spielen. Gleichzeitig mit diesem schönen Bekenntnis erfolgt die interessante Mitteilung, daß man auch weiterhin „das revolutionäre Werk fortsetzen“ d. h. die Massen immer wieder strapellos in den Tod hegen wird. Wie lange werden sich diese derartige „Kampfmethode“ gefallen lassen, ehe sie das unsaubere Spiel erkennen, das man mit ihrem Leben spielt?

Beilegung des Konfliktes an der Technischen Hochschule in Karlsruhe.

Zwischen Studentenschaft und Senat der Technischen Hochschule in Karlsruhe ist, wie die „B. B. N.“ hören, im Falle Dr. Mayer eine Einigung erzielt worden. Dr. Mayer hat die Berufung an die Technische Hochschule Karlsruhe abgelehnt, und zwar, wie ausdrücklich betont wird, ohne durch die Vorgänge an der Hochschule in seinen Entschlüssen irgendwie beeinflusst worden zu sein. Die Nichtannahme erfolgt, weil er in seiner jetzigen Stellung zu verbleiben wünschte.

Die Studenten haben eine Erklärung abgegeben, durch welche die beiderseitigen Mißverständnisse beseitigt wurden. In dieser Erklärung wird ausdrücklich betont, daß die Studenten keine Teilnahme an Berufungsrecht wollen, und daß sie den Schritt des Ausschusses, der, entgegen ihren Absichten, einen Eingriff in das Berufungsrecht darstellt, bedauern. Rektor und Senat verfügten darauf die Aufhebung der getroffenen Maßregeln.

Schwarz-weiß-rote Bolschewisten.

Die „Freie Welt“, das illustrierte Blatt der U. S. B. D., bringt das Bild einer Demonstration der Arbeiter in Petersburg, der Automobile voranzufahren. Dazu wird bemerkt: „Im dritten Auto (rechts) sitzen Vertreter des deutschen Sowjets in Petersburg.“ Dieser deutsche Sowjet ist kenntlich gemacht durch eine riesige schwarz-weiß-rote Fahne! Er kann offenbar ebenso wenig von den geliebten Fahnen lassen, wie unsere Deutschnationalen. Das zusehende „Volk“ wird auf dem Bilde mit aufgezogenem Bajonett in respektvoller Entfernung von den Sowjetautomobilen zurückgedrängt, offenbar um diese vor allzu stürmischen Ausbrüchen der Anhänglichkeit und Begeisterung zu schützen. — Darunter noch ein sehr lehrreiches Bild. Sein Titel lautet: Anstellen nach Brot in Petrograd. Man sieht eine lange Menschenkette, die im tiefsten Schnee wartet, wartet . . .

Runge nicht aus der Haft entlassen.

Von zutändiger Seite wird mitgeteilt: Die Meldung einer Korrespondenz, wonach Runge auf seiner Haft entlassen worden ist und sich auf freiem Fuße befindet, ist von Anfang bis Ende falsch. In Wirklichkeit ist Runge aus der Militärarrestanstalt nach dem Strafgefängnis Kottbus überführt worden, wo er seine Strafe weiter verbüßt. (Es handelt sich, wie wir in Erinnerung rufen wollen, um den Jäger Runge, der wegen Beteiligung an der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs in Berücksichtigung seiner geistigen Minderwertigkeit zu 2 Jahren Gefängnis, 4 Jahren Ehrverlust und Entfremdung aus dem Heere verurteilt worden ist. Nach der jetzt demontierten Meldung der „Korrespondenz“ sollte er wegen offener Geisteskrankheit aus dem Gefängnis entlassen worden sein. Red.)

Kleine politische Nachrichten.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland hat sich aufgelöst. Der Vorsitzende des Hauptvorstandes des Deutschen Ostmarkenvereins, Major a. D. von Liebenmann-Seeheim, hat wegen hohen Alters sein Amt niedergelegt. Er fühle nicht mehr die Kraft in sich, die Geschäfte des Vereins zu führen und seine Tätigkeit in die durch den erschütternden Ausgang des Weltkrieges bedingten neuen Bahnen überzuleiten. Wie die „B. B. N.“ aus Mannheim erfahren, sind die kaiserlichen Besitztümer in Elßaß-Lothringen, Schloß Urville und das Hofgut Les Mesnils, von der französischen Regierung dem Staatsapparat einverleibt worden. Der Wert beträgt eine Million Franks. Durch Verordnung des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos I ist die Königsberger unabhängige „Freiheit“ beschlagnahmt und das Blatt auf die Dauer von vier Wochen verboten worden. Gegen den verantwortlichen Redakteur wurde die Schenkhaft verhängt. Der Oberreichtsanwalt hat das Verfahren gegen den Führer der „Unabhängigen“ in Frankfurt a. M., Köppe, wegen Hochverrats eingestellt. Das Mitglied des Verkehrs Ausschusses der Frankfurter Eisenbahner, Riegel, ist aus der Haft entlassen worden. Der Antrag der Verteidigung, auch die anderen sechs Eisenbahner aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt.

Die bayerische Regierung hat den Polizeipräsidenten Johann Huber, der den „Anhängigen“ angehört und wegen zahlreicher Propaganda vom Polizeipräsidenten in München aus dem Dienste entlassen worden war, wieder in sein Amt eingesetzt und sich mit einer Verwarnung begnügt. Die München-Münchener Abendzeitung“ verurteilt dieses Vorgehen der Regierung als staatliche Untergrabung der Staatsautorität auf das Schärfste. Wie das „Reuterische Bureau“ erzählt, ist der Termin für die Antwort Ungarns auf die Friedensbedingungen der Alliierten bis zum 24. Februar verlängert worden.

Im französischen Ministerrat wurde einem Gesetzentwurf zugestimmt, der den französischen Bergarbeitern eine Erhöhung der Pension bis 1500 Franken zubilligt. In London eingetroffene österreichische Industrielle haben für 40 Millionen Pfund Waren mitgebracht, die sie dort verkaufen wollen.

Ungarn.

Arbeitslosigkeit im Wiener städtischen Verwaltungsausschuss.
Wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ aus Brinn meldet, kam es dort in der Sitzung des städtischen Verwaltungsausschusses zu großen Kämpfen. Es handelte sich dabei um die Schließung von deutschen Schulen, wobei eine tschechische Mehrheit eine deutsche Minderheit zu verwalten suchte. Die deutschen Mitglieder der Verwaltungskommission beschloßen eine Kundgebung an die deutsche Bevölkerung und die Ablehnung eines Protesttelegramms an den Präsidenten und den Ministerpräsidenten.

Die Amnestie ein Recht des Parlamentes.
Italiener Blättern zufolge ist im Ministerrat ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der das Recht, Amnestie zu gewähren, vom König auf das Parlament übertragen will.

Frankreich.

Gesetzliche Festlegung der Sommerzeit.
Die Kammer nahm Dienstag einen Gesetzentwurf an, der die Anwendung der Sommerzeit ab 15. Februar für die Jahre 1920 und 1921, und ab 15. März für die folgenden Jahre festsetzt. Ein anderes Gesetz, das ebenfalls angenommen wurde, betrifft die provisorische Beschlagnahme der Schiffe auf den Flußläufen.

Rumänien.

Verhaftung des Generals Averescu.
Die „Presinformation“ berichtet aus Bukarest: Wie verlautet, verhaftete die rumänische Regierung die vorläufige Verhaftung des Generals Averescu, der verdächtigt ist, geheime Beziehungen zu russischen Bolschewiken angeschlossen zu haben und auch in eine Verschwörung verwickelt zu sein, die auf den Sturz der Monarchie hin arbeitet.

Türkei.

Jungtürkische Propaganda gegen England.
Berliner Blätter melden aus Konstantinopel: Die jungtürkischen Agitatoren betreiben eine lebhaftere Propaganda und erklären, daß die Rote Armee bald in Konstantinopel sein werde, um die Engländer zu vertreiben. In zahlreichen Proklamationen verlangen die türkischen Bolschewiken, daß sich das Volk zum Kampfe des Islams gegen England bereit mache. Dieser Kampf werde im Frühjahr entbrennen.

Argentinien.

Standal in der Kammer.
Anläßlich der Beratung eines Gesetzentwurfes, der für die Bundesregierung eine Ausdehnung ihrer Rechte in den selbständigen Provinzen forderte, kam es nach Meldungen aus Buenos Aires in der Kammer zu außergewöhnlich lebhaften Szenen. Die Beratungen arteten zu persönlichen Kämpfen zwischen den Anhängern und Gegnern des Präsidenten Trigoen aus. Die Abgeordneten bewarfen sich mit Tintenfassern, zerbrachen Beleuchtungskörper und bearbeiteten sich gegenseitig mit Stuhlbeinen. Die Zuschauer auf den Tribünen nahmen an den Standaligen lebhaft teil. Der Standal erreichte seinen Höhepunkt, als die „Tribunenisten“ zu ihrem schändlichsten Mittel übergingen: sie bombardierten die Opposition mit Eiern! Schließlich mußte die Polizei einschreiten. Die Tribünen wurden geräumt und die Sitzung unterbrochen.

Amerika.

Revolutionäre Bewegung in Honduras.
Einem Telegramm aus Managua zufolge ist in Honduras eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen. Die Bewegung steht unter der Führung des vormaligen Vizepräsidenten Membrico. Wie gemeldet wird, haben die Regierungstruppen den Aufständischen eine schwere Niederlage zugefügt.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 5. Februar.

Die Philister gegen „Samson.“

Die Alldeutschen sind schon wieder ganz die Alten, die sie vor und während des Krieges waren. Sie blähen sich auf als die „Retter der deutschen Ehre“, obwohl sie selbst es waren, die anderen Vätern Land und Ehre rauben wollten, wenn sie nur gelohnt hätten. Mit giftigem Haß verfolgen sie die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung, die das traurige Erbe der alldeutschen Politik verwirklichen müssen. Nun beginnen sie auch, sich auf dem Gebiete der Kunst in ihrer Art zu betätigen. Puccini und Saint-Saens wünschen sie, als feindselige Ausländer von der deutschen Bühne verbannt zu sehen. Der Sprechsaal der alldeutschen-nationalen „Lübeckischen Anzeigen“ ist gefüllt mit großen Philisterstimmen, die gegen den am Freitag hier zur Aufführung gelangenden „Samson“ geworfen wurden. Vielleicht plant man hier gar einen Standal, wie ihn die Gefinnungsgenossen in Hamburg gegen Wolff so erfolgreich veranstalteten. Wir erwarten — wie man auch sonst über das Werk Saint-Saens denken mag, das die Alldeutschen bejubelten, als der ehemalige Kaiser es sich unter der Leitung des Komponisten in Berlin vorführen ließ — daß sich unsere Theaterleitung nicht durch solche Angriffe, die nur bezeichnend für die Geistesverfassung ihrer Urheber sind, bezirren lassen wird. Es gibt nur echte oder unechte Kunst, aber keine feindselige. Demen, die solche Unterscheidung machen, ist es um Kunst überhaupt nicht zu tun.

Die Fischzufuhren sind in letzter Zeit zwar nicht besonders stark, immerhin konnte die Nachfrage halbwegs gedeckt werden. Heute morgen standen in der Markthalle außer anderen Fischen etwa 40 Zentner Deringe zum Verkauf. Gegen 11 Uhr war ausverkauft. Dorsche kosteten 2,80 Mk. und Deringe 1,80 Mk. das Pfund. Das ist, besonders in Hinblick auf die rechtlichen Fänge, noch ein hoher Preis. Man sieht in dem Gedränge an den Verkaufständen manches alte Mütterlein, die ihre letzten Pfennigsummensucht und ihre Börse prüft, ob wohl zu einem Pfund

langt. Einige müssen betrübt abziehen, weil das Geld nicht ausreicht oder weil sie sich bei dem hohen Preis den „Luxus“ eines Fischgerichts nicht leisten können. Die Räucherer sind hin und wieder auch mit Deringen beliefert worden. Wie wir hören, sollen sie ihre Ware mit 1 Mk. das Pfund eingekauft haben. Jetzt ist das zu, so muß der Preis von 6 Mk. pro Pfund für Räucherware unbedingt herabgesetzt werden. Wir müssen den Räucher bekämpfen, ganz gleich, ob er von den Fischern oder Räuchererbetriebern betrieben wird.

Ueber die nationalen Aufgaben der Frau sprach am Mittwochabend im Marmorfaal in einer von der Deutschen Volkspartei einberufenen öffentlichen Versammlung Frau Mendel-Berlin. Trotzdem auch einige Kommunisten und „Anhängige“ sich eingefunden hatten, war der Saal noch nicht einmal zur Hälfte gefüllt. Die Referentin legte in ihren Ausführungen hauptsächlich Wert auf eine nationale Betätigung der Frau. Diese Betätigung soll größtenteils in der alten Weise wie vor der Revolution ausgeübt werden. Zur Erziehung der Jugend soll nicht allein die Religion dienen, nein, auch die alten nationalen Helden sollen nach wie vor in der Schule gelehrt und als leuchtendes nationales Beispiel vergöttert werden. Der gegenwärtigen Regierung wurde die Fehde angefaßt. In diesem Kampfe fand sie die Kommunisten und „Anhängige“ auf ihrer Seite. Daß die Steuerpolitik der Regierung nicht den Wünschen der Referentin entspricht, verstehen wir. Der Patriotismus der Befürworter ging und geht auch heute nur bis an den Geldbeutel, nicht bis in den Geldbeutel. An der auswärtigen Politik hatte sie viel auszusetzen. Sie können auch nur Personen mit so gewöhnliche Namen wie Müller und Meyer solche Posten bekleiden. Herr Müller macht die Politik in Berlin und Herr Meyer in Paris. Daß das nicht geht, sollte doch jedem Deutschen klar sein. Ja, hätten sie nur etwas, was sie vor ihrem Namen setzen könnten, und wenn es auch nur das kleine Wörtchen „von“ wäre, dann würde alles schon viel besser gehen. Das hat ja auch früher Herr v. Bodebielke, der Sultanzoffizier, bewiesen, der bekanntlich zu allem fähig war. Den heutigen Mitgliedern der Regierung fehlt natürlich die Fähigkeit zur Bekleidung ihrer Aemter. Der gute Wille, so meinte sie gnädigst, mache es nicht. Der nationale Hoffnungsstern der Deutschen Volkspartei ist die Jugend. Die Jugend soll in dem Geiste erzogen werden, um Deutschland in der früheren Größe und im früheren Umfange wieder erstehen lassen zu können. Das alte Lied wird also immer wieder von neuem gesungen. — An der Aussprache beteiligten sich der Kommunist Franz und der „Anhängige“ Süße. Ihre langen Ausführungen, die vielfach heftigen Widerspruch fanden, veranlaßten mehrere den Saal zu verlassen. Während Süße redete, sangen einige „Deutschland, Deutschland über alles“. Alle Mahnungen des Versammlungsleiters, sich kurz zu fassen, nützten nichts. Der Redestrom Süßes verlegte erst, als das Licht ausgedreht wurde. Dann wurde im Dunkel noch einige Zeit hin und her geredet. Zum Schluß brachten einige ein Hoch auf Deutschland aus, was von den „Anhängigen“ und Kommunisten mit einem Hoch auf ihre Partei erwidert wurde. Vorher war eine Resolution angenommen worden, welche die Regierung ersucht, in der Auslieferungsfrage der Kriegsschuldigen an die Entente den schärfsten Widerstand zu leisten.

Hat Lübeck Wasserkräfte für industrielle Zwecke? Diese Frage glaubt nach dem „General-Anz.“ Herr Beyer (Flenderwerft) bejahen zu können. In einem Vortrag im Gewerksverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter führte Beyer aus: „Wenn Lübeck bei der Erbauung des Elbe-Trade-Kanals auch daran gedacht hätte, die natürlichen Wasserkräften in der Umgehung mit ihrem Gefälle als Kraftstation auszunutzen, so bräuhete Lübeck heute für die Industrie, auch wenn sie noch dreis- bis viermal größer wäre, wie sie tatsächlich ist, nicht eine Schaufel Kohle für die Aufrechterhaltung des Betriebes. Lübeck habe dagegen noch Geld ausgegeben, um die Gewässer los zu werden. Aber auch noch jetzt sei es Zeit, ein Teil des Verläumten nachzuholen. Die ganze Kraft werde heute fast ausnahmslos, wenn auch ungenügend, durch Wassermühlen ausgenutzt, die auf Jahre hinaus lahmgelegt sind und troh sein werden, wenn die Kraft anderweitig in Anspruch genommen wird. Man könnte ferner das Gefälle der Bakenitz (eventuell als Kraftstation) 5 bis 7 Meter — zu Kraftwerken hernehmen, um Lübeck vorläufig aus aller Not herauszuheilen. Der Unterschied im Preis zwischen der auf diese Weise und durch Kohle erzeugten Kraft würde etwa wie 15 zu 1 sein. Hier würde sich für den Lübecker Staat eine Goldquelle öffnen, wenn er zuzufahrt. Die Maschinen würden in den eingeschänkten Kriegsbetrieben vorhanden sein. Da aber Lübeck zu sehr einen Verlust bei der Ueberlandzentrale befürchte, so werde man den Wassertraktprojekten wohl kaum näher treten, wenn von Seiten der Arbeiter und Kleinbetriebe nicht ein Druck erfolge.“ — Derartige Ausführungen hören sich ganz schön an, doch entbehrt man bei genauerer Prüfung gewöhnlich große Hafen. Eine zuverlässige Kostenrechnung und Ausführungsmöglichkeiten mit allem Drum und Dran sollte man keine böhmischen Dörfer voraubern.

Warenumschneider und Marmeladenpreise. Die Reichsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen macht die Fabriken darauf aufmerksam, daß die neue Warenumschneider in Höhe von 1% Prozent in die neuen Marmeladenpreise einfließen wird. Die Warenumschneider darf daher auf den festgesetzten Höchstpreis nicht aufgeschlagen werden.

Santa-Theater. Im Franz Behars neuester, in Berlin mit größtem Erfolge über 300 Male gegebenen Operette „Wo die Lerche singt“, die am Sonnabend im Santa-Theater ihre Erstaufführung erlebt, werden die Hauptpartien die Damen Erna Lehmann, Elisabeth Krauß-Hamburg a. G., Johanna Senbold und die Herren Hans Beckmann a. G., Reinhold Wolf und Karl Ruhlmann singen. Die Tänze sind von der Ballettmeisterin Fräulein Oehlschläger einstudiert.

Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Krenz wegen Betruges. Der Festgenommene hatte, um größeres Mißtrauen beim Publikum zu erwecken, seinen gesunden linken Arm so an den Körper gebunden, daß man glauben mochte, derselbe wäre amputiert. Durch das Tragen einer Mittelmühle gab er sich außerdem noch den Anschein eines Kriegsinvaliden. Der Festgenommene dürfte sich deswegen auch wegen Betruges zu verantworten haben. Besonders bemerkt wird noch, daß der Festgenommene wegen des gleichen Vergehens erst vor einigen Wochen bestraft worden ist.

Hühner- und Entendiebstahl. Aus einer Gärtnerei in Nieder-Bütsow sind in der Nacht zum 3. ds. Ms. drei weiße Zuchtenten, ferner zwei weißgraue, sechs reibhuhnarbige und ein schwarzes Huhn gestohlen worden. Die Tiere sind an Ort und Stelle geschlachtet.

Festgestellte Personalien. Wie berichtet, wurde Mittwoch morgen die Leiche eines unbekanntes Mannes auf dem Bahnkörper der Lübeck-Büchener Bahn auf der Strecke Lübeck-Schwartzau bei der Karlstraße-Brüde gefunden. Die Leiche ist nunmehr als die eines 30jährigen in Oldesloe gebürtigen Drogisten ermittelt worden. Nach Lage der Sache ist anzunehmen, daß sich der junge Mann infolge geistiger Störung in selbstmörderischer Absicht vor einen Eisenbahnzug gelegt hat.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Zu einer Abrechnung mit der Reaktion kam es am Mittwoch in der Bütterschaft. Durch Los war der M. S. P. unter den Parteien der Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen die Aufgabe zugefallen, die Anfrage über den Moßkandal zu vertreten. Unser Vertreter ging mit den deutschnationalen Judenfreßern scharf zu Gericht und forderte sofortige Auflösung des Büttenscheider Zeitfreiwilligenkorps. Die Reaktion gehe daran, den Dösch zu schärfen, um ihn in den Rücken des Volkes zu stoßen. Auch die Demokraten zogen scharf an. Die Reaktionsäre sollen nicht glauben, daß ihnen eine militärische Umwälzung gelingen würde. Als Thälmann von der M. S. P. zu Worte kam, verließ die Rechte fast geschlossen den Saal. Er hob hervor, daß keine Partei einen neuen 9. November herbei-

fehne. Für das Wäiternverbot werde eines Tages die Diktung ausgestellt werden. Der deutschnationale Jacobson lag das Blaue vom Himmel herunter und behauptete, Demokraten und Sozialdemokraten hätten seinen Bufenfreund Graefe beinahe totgeschlagen. Jacobson stellte dann die läbliche Frage, wer den Krieg gemacht habe, verwarf aber die Beantwortung, da er sonst seine Partei hätte beschuldigen müssen. Genosse Leuterich konnte feststellen, daß die Aussprache die Notwendigkeit ergeben habe, sich hinter die Regierung zu stellen und daß nicht die von den deutschnationalen verführten Juden, sondern Wilhelm und Konjorten das sintende Schiff verlassen hätten. Die reaktionären Offiziere sollten sich keine Illusionen machen, ihr Zweck seien die Truppen nicht zu haben. Wenn die alldeutschen Heher noch einer Lehre fähig sind, dann werden sie sich das Gehörte hinter die Ohren schreiben.

Kiel. Buchdruckerstreik in sämtlichen Kieler Buchdruckereien. In Kiel haben am Mittwoch morgen die Buchdrucker in allen Betrieben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Das Kieler Lohn- und Arbeitsamt hatte für sämtliche Betriebe eine Lohnzulage von 24 Mk. pro Woche angeordnet. Der Arbeitgeberverband im Buchdruckergewerbe weigert sich, diese neue Lohnzulage zu zahlen, und steht auf dem Standpunkt, daß für die Lohn- und Arbeitsbedingungen die Beschlüsse der Tarifinstanzen maßgebend sind. Daraufhin traten alle in den Buchdruckereien beschäftigten Personen in den Ausstand. Sämtliche Zeitungen sind am Erscheinen verhindert.

Bremen. Zeitungsverbot. Die Arbeiter-Zeitung wurde auf die Dauer von fünf Tagen wegen Aufforderung zu einem Demonstrationszug verboten.

Oldenburg. Dem Landtag sind eine Anzahl Eingaben zugegangen u. a. richten die Beamtenverbände Lübeck's ein geharnischtes Schreiben an den Landtag, dessen wesentlichsste Stelle lautet: Nach einer Verfügung des Reichsministeriums wurden die Stadt Cutin, die Gemeinden Schwartzau, Kienefeld, Stadelndorf und die Ortschaften Malente, Bremmühlen, Niendorf a. O., Groß-Timmendorf, Klein-Timmendorf und Scharbeug rückwirkend vom 1. Januar 1919 in die Klasse teurerer Orte versetzt. Während die Reichs- und die preußischen Staatsbeamten und Angestellten diese erhöhte Lohnzulage vom 1. Januar 1919 gezahlt erhielten, lehnte das Staatsministerium, ohne den Landtag zu befragen, diese Forderung der Beamten und Angestellten ab, und erklärte, dem Landtage eine Vorlage zu unterbreiten, den oldenburgischen Beamten und Angestellten vom 1. Januar 1920 ab die erhöhte Lohnzulage bewilligen zu wollen. Gegen diese Willkür des Staatsministeriums erheben sämtliche Beamten und Angestellten des Landes teils Lübeck den schärfsten Protest, und bitten den Landtag, dafür einzutreten, daß ihnen dasselbe gewährt wird wie den Reichs- und den preußischen Staatsbeamten und Angestellten.

Neueste Nachrichten.

Keine deutschen Zeitungen im besetzten Osten.

II. Berlin, 5. Februar. Wie die „P. P. R.“ erfahren, verweigern die Postämter im abgetretenen Gebiet die Annahme der Bestellungen deutscher Zeitungen.

Die Auslieferungsfrage.

II. Berlin, 5. Februar. In der heutigen Kabinetts-sitzung nahm auch der Reichsfinanzminister Erzberger teil, zum ersten Male nach dem auf ihn verübten Attentat. Noch ist nicht bekannt, wer an Stelle Versners die Führung der deutschen Delegation in Paris übernehmen soll. Vorausichtlich wird damit der rangälteste Beamte betraut werden. Man nimmt an, daß die offizielle Auslieferungsgesichte samt der Note im Laufe des heutigen Tages in Berlin eintreffen wird; sie soll dann unverzüglich veröffentlicht werden.

Verzweifelte Ernährungslage in München.

II. München, 5. Februar. Die Ernährungslage in der bayerischen Landeshauptstadt ist verzweifelt geworden. Die Brotgetreidevorräte Münchens reichen nur bis zum 15. Februar. Auch in allen anderen wichtigen Lebensmittel sind nur auf kurze Zeit Vorräte vorhanden. Infolge dessen sind von den Demokraten und von der bayerischen Volkspartei Interpellationen an die Regierung im Landtage eingebracht worden.

Sowjet-Rußland und die Blockade.

II. Kopenhagen, 5. Februar. Diminow hat dem englischen Vertreter O'Grady eine Erklärung über die Stellung Sowjet-Rußlands zum Beschluß des Obersten Rates betreffend die Aufhebung der Blockade übermitteln, worin es heißt, die Sowjetregierung sei bereit, zu gestatten, daß ein Teil des Außenhandels Rußlands durch kooperative Gesellschaften gehe. Eine Anzahl Waren seien jedoch davon ausgeschlossen, z. B. Eisenbahnmateriale und Maschinen, die das Land notwendig braucht.

Kommunisten-Verhaftungen.

II. Dresden, 5. Februar. In den letzten Tagen sind hier zahlreiche Kommunisten verhaftet worden, darunter auch der bekannte Kommunistenführer Frenzel.

Noch kein Beschluß gefaßt.

II. Zürich, 5. Februar. Der „Sund“ läßt sich aus Paris drängen, daß über die Mittel, mit welchen die Auslieferung erzwungen werden soll, seitens der Entente noch keinerlei Beschluß gefaßt worden ist.

Die Abkühlung zwischen England und Amerika.

II. Haag, 5. Februar. Die „Times“ lenkt erneut die Aufmerksamkeit auf die Abkühlung der Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten und gibt als Ursache die irische Politik an.

Internierung Wilhelms in „Haus Doorn“?

II. Amsterdam, 5. Februar. Nach dem „N. R. C.“ bekräftigt der diplomatische Berichterstatter des Lloyd-George-Büros, des „Daily Chronicle“, die Gerüchte, daß seitens der Entente beabsichtigt sei, die Blockade über Holland zu verhängen, falls es sich weitere, den Engländer auszusetzen. Man wisse auf Seiten der alliierten und assoziierten Regierungen die Schwere der Lage sehr wohl zu würdigen, welche Holland die Auslieferung erschwere. Wenn der Kaiser in „Haus Doorn“ interniert werde, und Holland die volle Verantwortung für seine Ueberwachung übernehme, dann werde sich wohl eine Lösung finden lassen.

Neuer Druck auf Holland.

II. Haag, 5. Februar. Der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet, daß die Botschafter die Abwendung einer neuen Note über die Auslieferung des früheren Kaisers an Holland in Erwägung ziehen. Es dürften allerdings noch einige Tage vergehen, ehe irgend ein weiteres Vorgehen stattfindet. „Daily Chronicle“ sagt, daß die alliierten Regierungen die Schwierigkeiten würdigen, in denen Holland sich befinde. Den Druck zur Auslieferung des Urhebers des Krieges würden sie allerdings fortsetzen. Im größten Widerspruch mit dieser Meinung steht allerdings ein Telegramm der in der Regel gutunterrichteten „Staff 310“, wonach die Note an Holland, betreffend die Auslieferung des Kaisers, bereits dem holländischen Gesandten in Paris kommentarlos überreicht wurde. Sie ist von Milereand entworfen. Die Note sei in jenem Tone gehalten und lehne die Einwände Hollands ab.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Jeder Geschäftsmann prüft vor Aufgabe eines Inserats die **Auflage und die Leserschaft der Zeitung**

Der „Lüb. Volksbote“ hat entsprechend seiner Anhängerschaft **eine hohe Auflage und eine große Leserschaft**

Wer Inseratengelder erfolgreich anlegen will, benutze den **Lübecker Volksboten**

Ausgabe von Zwieback, Gebäck und kondensierter Milch an Personen über 65 Jahre.

In der Zeit vom Freitag, dem 6. bis Sonnabend, dem 14. Februar 1920 sollen auf den Abschnitt 3 der Zwiebackkarte für Personen über 65 Jahre

1/2 Pfund Zwieback zum Preise von 65 Pfg., Gebäck 5.60 Mk. für 1 Pfund und 1 Dose amerikanische kondensierte Milch zum Preise von 2.- Mk. ausgegeben werden.

Die Karten werden in folgenden Geschäften eingelöst:

| | |
|--------------------------|--|
| Zwiebackkarte Nr. 1-2000 | Fa. Friedr. Schwartzkopf, Sandstr. 25. |
| 2001-4000 | Peter Lohse, Holstenstraße 24. |
| 4001-6000 | Heinr. Möller, Sandstraße 15. |
| 6001-8000 | Friedr. Schwartzkopf, Sandstraße 25. |
| 7601-7800 | Karl Schnoor, Travemünde. |
| 7801-7950 | G. W. Sahn Ww., Schlutup. |

Lübeck, den 5. Februar 1920. (12671)
Das Landesverorgungsamt.

Brennstoffkarte G.

Die Brennstoffkarte F verliert ihre Gültigkeit mit dem 10. Februar 1920.

Die Abgeber von Brennstoffen (Händler, Verdrängungsgesellschaften und sonstige Bezugs-einrichtungen haben die ihnen nach dem genannten Tage noch vorliegenden Brennstoffkarten F anzuhalten und der Ortskohlenstelle einzureichen.

Ab 10. Februar 1920 wird die Brennstoffkarte G verwendbar. Auf diese Karte hat nur Anspruch, wer weniger als 5 Zentner Brennstoff (Steinkohle, Anthrazit, Steinkohlenbriketts, Presssteine, Braunkohlenbriketts und Co.) im Besitz hat.

Die vorgelegten Holzmarken der Brennstoffkarte G dürfen mit der doppelten Menge Holz beliefert werden.

Lübeck, den 4. Februar 1920. (12652)
Das Landesverorgungsamt.

Ausgabe von Spiritus-Bezugsmarken.

Die Ausgabe von Spiritus-Bezugsmarken erfolgt in der Geschäftsstelle des Landesverorgungsamtes, Königstraße 69, von Donnerstag, dem 5. Febr. 1920 ab und zwar nur an diejenigen Bezugsberechtigten, welche im Dezember 1919 zuletzt Spiritus-Bezugsmarken erhalten haben.

Bei der Abholung der Marken sind die Ausweise zum Bezuge von Lebensmitteln vorzulegen.

Lübeck, den 4. Februar 1920. (12653)
Das Landesverorgungsamt.

Keine Gasnot mehr!

Jeder erzeugt selbst sein Gas mit

Hausgasometer

Verwendbar für Leucht- und Heizzwecke.

Praktische Vorführung täglich von 4-5 Uhr bei

J.F.C. Voß

Inh.: Hermann Schaubert (12658)
Wahmstr. 16.

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft
c. G. m. b. H. 12666

Oeffentl. Versammlung

Freitag, den 6. Februar, abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, großer Saal: **Bericht über den Stand der Siedlungsangelegenheiten.**

Freie Aussprache. Der Vorstand. Einzahlungen auf Geschäftsanteile können erfolgen bei: A. Klaus, Johannisstr. 7, Laden- und Bank für Handel und Gewerbe, Breite Str.

Kopfläuse

nebst Brut, Nidalfarmittel. Zu haben Fr. Kröger, Be- (12645) bei Kammerjäger, Wlstr. 3, 1.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (12648)

Otto Albers

Markt 4 Kohl. 10
Mgl. d. R.-Spar. Lübeck

Bilderleisten

einrahmungen Oscar Tauchnitz, Glashölg. Fleischhauerstr. 93. Finr. 29/5

Hasentelle

Kanin-, Reh- u. Hirschtelle, sowie alle Sorten Wildteile, Pferde- u. Kuhhaare

kaufen stets zu den höchsten Tagespreisen
D. Wagner
Holltenstr. 8. (12644)

Gesellschaftshaus Marii.

Freitag, den 6. Februar:

Grosser Ball.

Anfang 7 Uhr. (12655)

Arbeiter-Radfahrer-Verein Kücknitz

(Mitglied d. Radf.-Bundes „Solidarität“).
Sonnabend, den 7. Februar:

Großer Maskenball

verbunden mit Kappeneiert für Zuschauer im Lokale des Herrn Dieckelmann, Kücknitz. Lokalöffnung 8 Uhr. Maskenzug 7 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Herrnhuter 3.00 Mk. Damenkarte 1.50 Mk. Maskenkostüme und Masken sind am Freitag von morgens ab im Lokale des Herrn Dieckelmann zu haben. Die Brudervereine und Gattin sind herzl. eingeladen. (12660) Der Festausstich.

Montag, d. 9. Febr. in der „Flora“

Dienstag, d. 10. Febr. im Gewerkschaftshaus abends pünktlich 7 1/2 Uhr:

Wissenschaftl. Vorträge

des Schriftstellers **Herm. Hoffmann (Stettin)** über das Thema:

Warum das Weib am Manne leidet und der Mann am Weibe.

Aus dem Inhalt: Das Erwachen der Liebe und das Liebestöben — Was die jungen Leute vor der Ehe leider nicht wissen — Die Leiden und Berührungen vor der Ehe — Was gefällt dem Manne am Weibe? — Das Geheimnis, den Mann zu fesseln — Warum bleiben so viele Weiber ängstlich? — Geschlechtliche Aufklärung und Erziehung zur Ehe — Die Entwerdung — Hochzeit und Hüttermochen — Brautheben, Liebes-echen, Wöbelehen, Hegereden — Eheleiden und Ehefreuden — Die Wunderwertigkeit der Erstgeborenen — Die Furcht vor vielen Kindern als Ursache gefährlicher Eheitten — Die Verhütung des Empfängnisses — Die Schuldfrage in der Ehe — Das verschiedenartige Gefühls- und Empfindungsleben der beiden Geschlechter — Die Kälte der Frauen und ihre Ursachen — Schwachzustände in der Ehe — Der sonnige Eheabend.

Nach dem Vortrag: (12656) Beantwortung schriftlicher Fragen.

Diese aufsehenerregenden Vorträge wurden bereits in vielen Großstädten mit beispiellosem Erfolge gehalten und fanden reichlichen Aufbruch und allgemeine Anerkennung. Um zu harten Andrang zu vermeiden, ist es ratsam, die Karten im Vorverkauf zu besorgen. Nummerierte Plätze 4.-, 3.-, 2.- Mk. Stehplatz 1.- Mk. Karten im Vorverkauf: Agartenhandlung M. Niemyer. Breite Str. 62. Ude Schrangung 2.-4. Februar 1920 u. an der Abendkasse. Lokalöffnung 6 1/2 Uhr.



Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platz Heute letzter Tag.

Filmoperette

Der sprechende Film unter Mitwirkung namhafter Künstler u. Künstlerinnen

„Lachende Herzen“

in 5 Akten von Carl Emerich und Edmund Edel. In der Hauptrolle: **Lotte Werkmeister** v. Neuen Operettenhaus Berlin. Musik v. Carlo Emerich.

Belprogramm: **Wetterleuchten um Mitternacht.** Seltsame Begebnisse in 5 Kapiteln. In der Hauptrolle: **Klara Wieth.**

Knoppchen als Reserveschläfer. Schwank. Aufführungszeiten 4-7 Uhr und 7-10 „

Es empfiehlt sich, die Nachmittagsvorstellung zu besuchen, da abends starker Andrang. Da die Aufführung der Filmoperette mit kolossalen Unkosten verbunden ist, sind wir gezwungen, auf Dauer der Spielzeit von „Lachende Herzen“ die Preise der Plätze um 50 Pfg. zu erhöhen. (12662)

Fledermaus

Kabarett-Diele — Fünfhäuser 17/19. — (12661) Täglich abends 8 Uhr:

Das große Februar-Programm!

Dergroße Labero

mit seinen spannenden Experimenten.

5 Variadis in ihren Geländen
Hades u. Biller, mondänes Tan-vaar

| | |
|-----------------------------------|--|
| Geschwister Idora int. Tanz-Duett | Ellen Dongson amerikan. Tänzerin |
| Kom. Flack der Urkomische | Hans Helaz Frednoven Sänger am Klavier |
| Thea Schwarz in ihren Tänzen | Hansl Kaller Stimmgangsoubrette |

Paul Przybillack Rollschneck in seinen phänomenalen Darbietungen

Raja Strubella?

Der weise Hindu-Weher. Der Mann mit der schwarzen Maske. Der Lebens-Wegweiser für Verliebte, Verlobte und Getraute.

2 Orchester: Aug. H. Eivers u. W. Schwenk. 4-Uhr-Tee mit frei. — Kein Garderobenzw. — Sichte Biere, beste Weine, kaltes Büffet.

Louisenlust

Morgen **Groß. Spartlubbball** Freitag mit großer Tortenverlozung. (12649) Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

Waisenhof Freitag

Sonntag, den 8. Februar: (12659)

Maskenball.

Luisenlust

Großer Spartlubbball am Freitag, dem 6. Februar 1920. Herren 2 Mk., Damen 1 Mk. (12660) Anfang 7 Uhr. Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Deutscher **Transportarb.-Verb.**
Ortsverwaltung Lübeck.

Berammlung

ber bei den **Weingüblern** befristeten Arbeiter und Arbeiterinnen am Freitag, dem 6. Februar abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: **Antete Lohnbewegung.** Das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen ist notwendig. Mitgliedsbücher müssen vorgelegt werden. (12672) Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck.

Berammlung

sämtlicher **Vorstandsmittglieder und Arbeiterausstöße** der städtischen Betriebe am Freitag, d. 6. Febr., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: **Lohnarif.** Das Erscheinen der Kollegen ist dringend erforderlich. (12677) Die Ortsverwaltung.

Preis-Skat

Sonntag, 8. Februar nachm. 4 Uhr (12665)

Poliertrug

Schwartauer Allee 92.

Preisskat

Freitag, abends 8 Uhr. **B. Rodust,** Weidstr. Allee 21. (12646)

Hansa-Theater

Donnerstag: (12676) **Die lustige Witwe.**

Danilo — Hans Bechmann
Freitag: **Hamburger Kammerplele**

Schloß Wetterstein. Hambg. Originalbesetzung

Sonnabend: **Erstaufführung** **Wo die Lerche singt.** Operette von Franz Lehár

Stadttheater Lübeck

(12663) Donnerstag, den 5. Febr.: Schauspielergemeinde. **Gelbe Karten.** Anfang 7 Uhr.

Vasantasena.

Schauspiel in 3 Akten von Lion Feuchtwanger. Karten zu dieser Vorstellung sind noch an der Theaterkasse zu haben.

Freitag, den 6. Februar: 19. Vorstellung im Freitag-Abonnement.

Samson und Dalila.

Sonnabend, d. 7. Februar: **Der Graf v. Luxemburg**

Sonntag, den 8. Februar: Preise der Plätze Mk. 2,15, 1,15 und 65 Pfg.

Morgenleier: **Herbert Eulenberg.** Anfang 3 Uhr: Veranstaltung der Platt-dütschen Volksgüll.

Wrack.

Anfang 7 Uhr: **Samson und Dalila.**

Kommunistische Schandwirtschaft.

Außer dem Sturm auf die Nationalversammlung hat vor allem der neueste Aufstand in Hamburg im Ruhrgebiet Anlass zur Verhängung des Ausnahmezustandes gegeben. Dort wurde wieder einmal das Rathaus gestürmt, die Geschäftsläden zertrümmert und ausgeplündert. Welcher Art diese „Revolutionäre“ waren, geht hervor aus Zuschriften, die die „Bergarbeiter-Zeitung“ aus Bergmannstreffen veröffentlicht. Hier einige Proben:

„Wer heute durch die Straßen dieser Bergmannsstadt wandert und sich die Zerstörungen ansieht, wo rote Kräfte sinnlos hausten, bekommt einen Vorgeschmack von der „Diktatur des Proletariats“ unter Führung von Heiling und Genossen. Nur derjenige, der das Bild der Zerstörung gesehen hat, kann sich eine richtige Vorstellung machen über die jüngsten „Selbsttaten“ dieser „Kämpfer für Freiheit und Recht“. Wir brauchen nicht mehr auf Kugland, Ungarn oder München zu verweisen, in Hamburg können wir studieren, was uns unter der Diktatur der Kommunisten und Syndikalisten blühen würde.“

In Hamburg gelang es nach der Revolution Heiling, Holz und Genossen, die Bergarbeiter gegen ihre alte Berufsorganisation, den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, aufzuheben, das Vertrauen zu den alten Führern zu untergraben, die gewerkschaftliche Disziplin zu lockern und einen großen Teil für den „revolutionären“ Syndikalismus zu gewinnen. Die alten Gewerkschaftsmethoden waren „überlebt“, die alten Verbände „abgetan“, neue Kampfmittel „erfunden“, neue Verbände mußten gegründet werden. Erst wurde die Union, dann die Schachtverbände, später die Lokalverbände gegründet; aus einer Organisation wurden sechs bis sieben, und die Zersplitterung und Disziplinlosigkeit nimmt kein Ende. Jeder unerantwortliche und ebenso unwissende Schreiber, der über das notwendige Maulwerk verfügt, trat als Führer und Gründer einer neuen Organisation auf. Schließlich hat man so viele Organisationen, daß man die Zahl nicht weiß, ihre Führer nicht kennt, nur in einem sind sie einig: im Hass gegen den Verband und die „Gewerkschaftsböndel“. Ihr gemeinschaftliches Programm ist: Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft. Als Taktik gilt ihnen die „direkte Aktion“, d. h. der Ausschismus. Heiling hat seine Unionisten, Syndikalisten und Kommunisten denn auch gründlich in der „direkten Aktion“ ausgebildet, indem er sie aus einem Busch in den andern trieb, während er selbst im Arbeiterrat im Rathaus warm und trocken saß. Keine Belegschaft hat im vergangenen Jahre so viel gestreikt, wie diejenigen der Thyssenwerke mit dem Erfolg, daß auch niedrigerer Lohn gezahlt wurden wie hier! Hauerlöhne von 21 bis 25 Mark sind durchaus keine Seltenheiten, während auf den Nachbarzweigen der Hauer-Durchschnittslohn 28 bis 30 Mark beträgt. Als vergangenes Jahr unter dem Druck der Handgranaten und Maschinengewehre Zeche Deutscher Kaiser die erste Steuererhöhung bewilligte, sagten Beamte zu den Arbeitern: „Diese Zulage werden wir (das heißt die Zeche) bald herein haben. Dafür kürzen wir Euch die Löhne.“ Die Löhne wurden denn auch gründlich niedrig gehalten, trotz der „direkten Aktionen“.

Am 10. Januar d. J. wurden die Belegschaften der Zeche Lohberg und Rhein a. S. unabhängig und am 12. die weiteren Schächte der Zeche „Friedrich Thyssen“, ehemals „Deutscher Kaiser“. Welche Forderungen, außer einer Steuererhöhung von 1000 Mark gestellt waren, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Schließlich ist es für die Syndikalisten und Kommunisten auch gar nicht notwendig, erst Forderungen zu stellen, man schreit ohne das zur „direkten Aktion“. Die Ausständigen, ohne Führung und ohne Ziel, sammelten sich am 12. Januar abends vor dem Hamburger Rathaus und verlangten den Bürgermeister zu sprechen. Von diesem wollten sie die Aufhebung des Wuchers verlangen. Der Bürgermeister ließ die Deputation nicht vor, worauf die Masse das Rathaus stürmte, die Sicherheitswehr und Polizei einmaultete, im Rathaus die Fenster zerhau, in den Bureaus die Bücher umwarf und die Akten zum Fenster hinauswarf. Besonders auf dem Steueramt wurden die Steuerakten vernichtet. Mit dem im Rathaus aufgestellten Maschinengewehr zogen die Demonstranten dann zum Altmarkt, wo das Plündern begann. Am

Altmarkt und in der Jägerstraße wurden sämtliche Schaufenster eingeschlagen und die Geschäfte ausgeplündert. Von hier ging es dann zum Stadtteil Marck, wo das Plündern in noch größerem Umfange fortgesetzt wurde. In der Kaiser-Wilhelm-, ehemals Rosa-Luxemburg-Straße, ist kaum noch ein Schaufenster heil, kaum eine Ladeneinrichtung nicht zertrümmert worden! Ähnlich sieht es in der Wefeler, vormaligen Karl-Liebknecht-Straße, aus. Wo sonst Schaufenster waren, sind heute Bretterverschläge oder die eisernen Kollenden sind geschlossen. Mehr als hundert Geschäfte sind zertrümmert und ausgeplündert, über 1000 Angestellte arbeitslos und heillos. Das Geschäftsleben in Hamburg ist für absehbare Zeit völlig zerstört, denn ehe die Fensterscheiben wieder eingesetzt die Ladeneinrichtungen repariert oder erneuert, die Warenbestände wieder angeschafft sind, vergehen Monate. Solange wird die Hamburger Bevölkerung auswärts ihre Einkäufe machen müssen. Die bestohlenen Geschäftsleute machen die Stadt haltbar. Eingeweihte berechnen den Schaden auf 12 bis 15 Millionen Mark, eine Summe, die die Hamburger Steuerzahler in 10 Jahren nicht aufbringen können. Dazu kommt, daß den arbeitslos gewordenen Angestellten die Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden muß, ebenso der Steuerausfall fast der gesamten Geschäftsinhaber. Das ist das Werk der Kommunisten von einigen Stunden, dazu noch unter dem Belagerungsstand!

Am 13. Januar rückten Truppen der Reichswehr ein, wobei es nur schwache Widerstände zu brechen, dabei aber immer noch einige Tote (fünf oder sechs) gab. Die Kommunisten klüden zwar sehr über die Roskiden, aber diese erwiesen sich nicht nur als notwendig, sondern auch als die Stärkeren, stellten die Ruhe wieder her und nahmen die Plünderer fest. An 500 Plünderer sind bereits verhaftet und nach Wesel in die Festungsgelände abgeführt. Die meisten davon werden schwere Strafen erhalten und wird grenzenloses Elend über die armen Familien heraufbeschworen. Am 16. Januar schon brach diese „direkte Aktion“ elend, wie alle vorherigen zusammen! Nichts ist erreicht als die Zerstörung des Geschäftslebens einer großen Stadt, unermesslicher Schaden angerichtet und grenzenloses Elend heraufbeschworen!

Ein anderer Bergmann aus Hamburg schreibt seinem Verbandsorgan:

„Die letzte „direkte Aktion“ der Kommunisten, Syndikalisten und Spartakisten mit ihrer Begleiterscheinung, ihrem völligen Zusammenbruch und den kommenden Folgen scheint jetzt doch diesem spartakistischen Hezenkessel den Boden auszuwaschen und sie wird auch weit über Hamburg hinaus zur Ernüchterung, Einsicht und Abkehr vom kommunistischen Syndikalismus mahnen. Die Spuren und Folgen dieser letzten „direkten Aktion“ sprechen und beschämen zugleich. Die kommunistischen Plünderer schämten sich heute ihrer Tat; keiner will es gesehen sein, keiner will zur Plünderung aufgefordert haben und keiner daran beteiligt gewesen sein; keiner will deshalb nach Wesel ins Festungsgelände abgeführt werden. Jeder versucht denn auch, soweit er noch nicht überführt ist, seinen Raub auszuwaschen. Ähnlich der Rabenmutter, die ihr Kind auch bei Nacht und Nebel auslegt. So wurden die geraubten Gegenstände nachts auf die Straße, freien Plätze oder Gärten ausgelegt, oder in die Hochstufen des Rheins am Schwelger Bruch geworfen, wo sie dann der bestohlene Eigentümer oder die Polizei zusammenfischen können. Hier sieht man auf einem freien Plage einen Kleiderkoffer, dort auf einer Wiese eine komplette Kücheneinrichtung, daneben in einem Garten einen Küchenschrank, Stühle, dort wieder auf dem Bordstein der Straße an eine Mauer gelehnt, einen Regulator, hier in einer Torenfahrt einige Klüppel, dort wieder einen Kinderwagen usw. sehen. Hier liegt im Straßengraben eine, dort wieder mehrere Rollen Stoff, daneben mehrere Paar Schuhe, daneben wieder Puppen und sonstige Spielzeuge. In der ganzen Stadt zerstreut finden sich die geplünderten Sachen ausgelegt, ein großer Teil ist im Schwelger Bruch in die Hochstufen des Rheins geworfen worden und schwimmt an der Wiesenstraße entlang, wo herausgefischt wird, was sich herausfinden läßt. Andere wieder graben fleißig im Garten, eine sehr verdächtige Arbeit, so daß die Roskiden sofort nachgraben, wobei sich herausstellte, daß einige Kommunisten Goldfische im Garten — anpflanzen wollten! Ein Kommu-

nistenführer von Zeche „Diergardt“ behielt nicht so viel Zeit, seinen Raub an Goldfischen zu vergraben. Die Roskiden holten für 20 000 Mark gestohlene Goldfische aus seiner Schließstelle in der Zechenmenage heraus und transportierten ihn nach Wesel.

Auf der Zeche haben die Propagandisten der „direkten Aktion“ nicht mehr zu sagen! Die scheunentormenten Großklappen sind plötzlich unsichtbar klein geworden, die Beamten dafür um so ruhpiger. Schon vor der letzten „direkten Aktion“ waren die Beamten recht maßig, und wohl auf seiner Zeche wurden die Tarifbestimmungen so wenig beachtet, wie auf denjenigen Schächten, wo die syndikalistischen Kommunisten dominierten. Die Beamten erklärten ihnen: „Ihr wollt ja nichts vom Tarif wissen, für Euch gilt der Tarif nicht. Wenn Euch die Lohnfestsetzung nicht paßt, dann macht doch eine — direkte Aktion!“ Die Zechen haben sich schon derart an die „direkten Aktionen“ gewöhnt, daß die Beamten nur noch darüber lachen. Beamte von Zeche „Neumühl“ erklärten den Streikenden: „Dieses Mal habt Ihr wenigstens auch mal im Interesse der Zeche gestreikt.“ Durch den Eisenbahnerstreik war die Zeche ohne leere Waggons und wir hätten auf die Halbe Lippen oder Feterschichten einlegen müssen! Aus dieser Not habt Ihr uns mit einem Streike befreit! Einen günstigeren Zeitpunkt, zu streiken, hättet Ihr gar nicht wählen können! Die Zeche hat den Augen und Ihr? Ihr habt ja Goldfische, Schuhe, Möbel und sogar — Puppen!“ Verpörrt und verhöhnt werden die irgeleiteten Kumpels, die mit niedergegeschlagenen Augen beschämt nach ihrer Arbeit gehen.“

Das Erwachen der Arbeiter aus diesem spartakistischen Traume muß leider immer erst teuer bezahlt werden. Aber es kommt — früher oder später! Die Gewerkschaften mit ihren starken Organisationen und die alte Sozialdemokratie müssen dann die Scherben wieder fischen, die jene pseudorevolutionären Schreier und Plünderer geschlagen haben.

Das internationale Arbeitsamt.

Vom 26. bis 28. Januar fand in Paris die erste ordentliche Tagung des Verwaltungsrates des in Washington gegründeten Internationalen Arbeitsamtes statt. Das Internationale Arbeitsamt ist eigentlich ein Teil des Friedensvertrages. Das Arbeitsamt hat mindestens einmal im Jahre allgemeine Arbeitssitzungen einzuberufen, zu denen jedes Land vier Vertreter entsendet, wovon einer Arbeiter und einer Unternehmer sein muß. Diese Konferenzen beschließen über internationale Arbeiterschutzmaßnahmen, jedoch müssen die Beschlüsse durch die beteiligten Länder erst ratifiziert werden. Der Verwaltungsrat, der sich aus 12 Regierungsvertretern und je 3 Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer zusammensetzt, bildet eine Art Regierung, das Arbeitsamt die ausführende Behörde für internationale Sozialgesetzgebung.

Die Pariser Tagung verlief, wie der „Gewerkschaftliche Nachrichtenendienst“ meldet, im allgemeinen sehr sachlich. Zum erstenmal nahmen auch deutsche Delegierte — Legien, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes, für die Arbeiter, Scheimrat Legmann vom Reichsarbeitsamt, als Regierungsvertreter — an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes teil. Das Verhalten gegenüber den deutschen Delegierten war ein durchaus korrektes, besonders seitens der Arbeitervertreter, mit denen der deutsche Arbeitervertreter in kameradschaftlichem Tone verkehrte. Die Konföderation der französischen Gewerkschaften lud die Arbeitervertreter zweimal zu besonderen Veranstaltungen ein, wobei herzliche Worte internationaler Arbeiterkollektarität gewechselt wurden.

Auch das Verhalten der Presse war korrekt, eher sympathisch als feindselig. Albert Thomas, der bekannte französische sozialistische Abgeordnete, wurde endgültig einstimmig zum Direktor des Internationalen Arbeitsamtes gewählt. Es wurde eine Kommission, zusammengesetzt aus je zwei Vertretern der drei Gruppen eingeseht, die den Organisationsplan des Arbeitsamtes ausarbeiten soll. Für Juni wurde nach Genue eine internationale Seemanns-Konferenz einberufen und die nächste allgemeine Konferenz auf das Frühjahr 1921 bestimmt. Die nächste Tagung des Verwaltungsrates findet am 22. März statt.

Christian und Lea.

Eine Erzählung von Leopold Komperi.

Fortsetzung.
Er klappte die aufgeschlagenen Postkarten mit einer Heftigkeit zu, als hätte er ihm ein für allemal das Lebenslicht ausblasen wollen.

„Auf meine Babe lasse ich nichts kommen.“ erlaubte sich Sarah leichten Tones zu bemerken. „Die meint es gut mit mir.“ „Und wie soll ich das verstehen, daß du dann doch zu mir kommst? rief Klein-Mendelsohn mit Zorn, die großen grauen Augen auf Sarah richtend.“

„Ich weiß es selbst nicht mehr.“ stammelte Sarah, „mir scheint, es war wegen dem Kind.“

Da wurde Klein-Mendelsohn wieder sanft und ruhig. Er machte seine Schritte und blieb endlich vor einem offenen Bücherkasten stehen. Mechanisch griff er nach einem kleinen Buche, das zu oberst stand; er mußte sich auf die Fingerringe stellen, um es in die Hand zu bekommen. Er schlug es auf und blätterte hinein; ängstlich bewachte Sarah jede seiner Bewegungen. Plötzlich erhellte ein Strahl von Freude sein Antlitz; das Buch atterte in seiner Hand.

„Du willst einen Rat von mir.“ sagte er hastig, „und wenn ich monatelang darüber hätte nachdenken wollen, es wäre mir kein besserer eingefallen, als wie er da in dem Buche steht.“

Die Frau des Gemeindevorstehers sah ihn nach diesen Worten mit verwunderten Augen an.

„Ist das Buch — in heiliger Sprache?“ fragte sie zagend.

„Du kannst dich darauf verlassen.“ sagte Klein-Mendelsohn leise, „es sind die „Sprüche Salomos“, die ich in der Hand halte.“

„Und wie kommen die zu mir?“ fragte sie wieder.

„Das will ich dir erklären. Wie du wissen wirst, war König Salomo ein sehr weiser Mann, von dem man noch jetzt viel lernen kann. Das Buch, was ich da habe, enthält ganz merkwürdige Dinge, und wenn du willst, gibt es auf jede Frage eine Antwort. Es steht auch eine für dich drin.“

Sarahs Seele spiegelte sich in diesem Augenblicke in der feinen Äste, mit der sich ihr Antlitz bedeckte hatte. Es war eine Empfindung über sie gekommen, als stünde sie mitten im Gebete — und das Gebet stand in dem Buche, das Kaimann Würzburg in der Hand hielt.

„Hör' an, was da gleich zu oberst steht.“ begann er wieder.

„Hör' aber gut zu, damit du die den Spruch verstehst.“

„Sei nicht allzu gerecht.“ las Kaimann vor, „und grüble nicht zu viel, du könntest sonst verderben.“ „Hast du das verstanden?“

Eine geraume Zeit hindurch vermochte Sarah, in ihrer tiefsten Bewegung keines Wortes fähig, auch nicht einmal ein Zeichen ihres Verständnisses von sich zu geben. Ihre weitgeöffneten Augen strahlten ein Licht aus, wie es Klein-Mendelsohn in seinem freudlosen Dasein niemals auf einem Menschenantlitz erblickt hatte.

„Hast du mich verstanden?“ fragte er nochmals.

„Sei nicht allzu gerecht.“ kam es langsam und fast feierlichen Tones über ihre Lippen. „Nicht wahr, das geht meine Babe an?“

„Und grüble nicht zu viel?“ das ist für mich besonders geschrieben.“ Und das letzte geht Jan Schusters Kind, das arme verlassene Waisenkind an! Wer denn sollte verderben und verkommen als Christian, Jan Schusters Kind?“

„Du hast mehr im Kopf, Sarah, als ich und Taufende meinesgleichen.“

Sarah lächelte wie traumverloren.

„Und grüble nicht zu viel.“ sagte sie halbblau vor sich hin.

„Ist dir jetzt wohl, Sarah Ungar?“ meinte Klein-Mendelsohn.

„So wohl wie noch nie in meinem Leben.“ sagte Sarah mit leuchtenden Blicken. „Jetzt weiß ich, was ich zu tun habe!“

Mehr als eine halbe Stunde nachher sah Kaimann Würzburg vor dem Postkisten, den er wieder aufgeschlagen hatte, ohne dem Inhalt desselben die geringste Aufmerksamkeit zu widmen. Seine grauen Augen starrten ins Weite. War ihm selbst in der starrstehenden Unterredung ein Geheimnis geblieben worden, von dessen Dasein er erst wußte, seitdem dieses arme Weib aus seiner Stube fort war?

Mitten aus aller Bessommenheit ihres Herzens hatte nun die Frau des Gemeindevorstehers den freien Ausblick in die Zukunft gewonnen, die Besprechung mit Klein-Mendelsohn hatte sie merkwürdig gestärkt. Es war ihr immerfort, als tanze lustiger Sonnenschein hinter ihr Her, oder vielmehr, es war der gute Rat aus dem Prediger Salomons 1. 18, der in ihrem Herzen saß und in ihrem Gemüte nachtönte.

Klein-Mendelsohn hatte übrigens nicht umsonst das Wort von „ihnen“ fallen lassen, die ihr natürliches Recht auf das Waisenkind eines Tages geltend machen könnten. Auch in diesem Punkte mußte Sarah zur Klarheit gelangen. Sie zog am nächsten Tage ihre schöne Sabbatkleid an, kleidete den kleinen Christian in ein lauberes Gewand und begab sich mit ihm auf den Weg zum Bürgermeister.

Der Bürgermeister, seines Standes ein ehrlicher Topfer-

meister, rief die Augen verwundert auf, als ihm Sarah unter vielem Stammeln und Stottern die Frage vorlegte, ob sie das Kind werde behalten dürfen.

„Warum solltest du das nicht behalten dürfen?“ meinte er. „Was sollen wir mit dem Kinde anfangen? Die Kriegsteuern haben alles aufgezehrt, was in unserer Kasse war; und nun tanzen die Mäuse und Ratten auf dem leeren Boden herum. Man nimmt uns unser Geld und unsere Kinder macht man zu Soldaten, woher sollen wir also für die Waisenkinder etwas nehmen?“

Es lag in diesem Beweisgrunde eine Rohheit, die der armen Frau innerlich wehe tat. Sie beherrschte sich aber und bemerkte nur schüchtern:

„Wird aber keiner etwas dazu sagen?“

„Wer soll etwas dazu sagen?“ bemerkte der Bürgermeister unter Lachen.

„Ich meine — der Herr Dechant!“ flüsterte Sarah fast unhörbar.

„Der?“ lachte der Bürgermeister, „der läßt dich in Ruhe, und dar dem brauchst du dich nicht zu fürchten. Er muß ja froh sein, wenn das Kind des ertrunkenen Schusters nicht vor seiner Tür zu betteln braucht. Auch der hochwürdige Herr hat nichts Uebriges.“

Sarah durfte das Kind also behalten. Der Staat in der Person des Herrn Bürgermeisters gestattete es ihr, und auch die „Kirche“ hatte nichts dagegen einzuwenden.

Auf dem Heimwege hatte Sarah allerlei Gedanken. „Es ist doch merkwürdig.“ lautete einer davon, „daß ihnen nicht mehr um das Kind zu tun ist. Sie haben es aus sich hinaus und wissen nicht einmal, was ich mit ihm anfangen werde. Vielleicht wird das Kind ein Dieb oder überhaupt ein schlechter Mensch bei mir? Habe ich ihnen denn die Hand darauf gegeben, wie ich es mit ihm halten werde? Und wenn, Gott behüte! einem jüdischen Knabe zustoßen möchte, was Jan Schusters Kinde zu stoßen ist, möchte man bei uns sein eigen Fleisch und Blut so leicht verlieren? Kann denn der Knabe bei mir nicht wirklich verloren gehen?“

Dieser Gedanke machte Sarahs Seele in den geheimsten Tiefen erbeben. Verlor sie nicht in dem Sinne, daß das Kind in einem Walde voll hoher Bäume nicht mehr die Früchtchen findet, die es zu dem heimlichen Hause zurückführten, sondern verloren in dem Sinne, daß es verborben und zerstört auf Abwegen irrt, losgelöst von jeder Zucht, an Gemüt und Sitte verborben und erstorben? Wie, wenn dies das Ende ihres Bemühens und Wohlwuns wäre? Wenn sie frevelhaft daran gehandelt, in die Geschichte eines Menschenlebens eingegriffen, es an sich heranzuziehen und dann zu leben zu müssen, wie es sich unter ihren Händen zu einer verfehlten und verkommenen Schöpfung gestaltet?

Die Gedanken machten Sarahs Seele in den geheimsten Tiefen erbeben. Verlor sie nicht in dem Sinne, daß das Kind in einem Walde voll hoher Bäume nicht mehr die Früchtchen findet, die es zu dem heimlichen Hause zurückführten, sondern verloren in dem Sinne, daß es verborben und zerstört auf Abwegen irrt, losgelöst von jeder Zucht, an Gemüt und Sitte verborben und erstorben? Wie, wenn dies das Ende ihres Bemühens und Wohlwuns wäre? Wenn sie frevelhaft daran gehandelt, in die Geschichte eines Menschenlebens eingegriffen, es an sich heranzuziehen und dann zu leben zu müssen, wie es sich unter ihren Händen zu einer verfehlten und verkommenen Schöpfung gestaltet?

Die Gedanken machten Sarahs Seele in den geheimsten Tiefen erbeben. Verlor sie nicht in dem Sinne, daß das Kind in einem Walde voll hoher Bäume nicht mehr die Früchtchen findet, die es zu dem heimlichen Hause zurückführten, sondern verloren in dem Sinne, daß es verborben und zerstört auf Abwegen irrt, losgelöst von jeder Zucht, an Gemüt und Sitte verborben und erstorben? Wie, wenn dies das Ende ihres Bemühens und Wohlwuns wäre? Wenn sie frevelhaft daran gehandelt, in die Geschichte eines Menschenlebens eingegriffen, es an sich heranzuziehen und dann zu leben zu müssen, wie es sich unter ihren Händen zu einer verfehlten und verkommenen Schöpfung gestaltet?

